

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 51 (1972)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Offener Brief an den Präsidenten des Vororts  
**Autor:** Adank, Hans  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-338534>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Dr. Hans Adank

## Offener Brief an den Präsidenten des Vororts

Herrn Dr. Etienne Junod, Generaldirektor

Sehr geehrter Herr Präsident!

Da ich nicht der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft angehöre, hatte ich leider keine Gelegenheit, Ihren Vortrag über «Die Probleme der schweizerischen Konjunkturpolitik» anzuhören. Hingegen habe ich den ausführlichen Bericht in der «NZZ» mit grossem Interesse gelesen und mir meine Gedanken darüber gemacht.

Sie haben Ihr Exposé vor einem Auditorium gehalten, das sozusagen aus lauter Freunden und Gesinnungsgenossen bestand, und ich nehme an, dass nur wenige Ihrer Zuhörer, und auch diese nur in wenigen Punkten, von Ihren Ansichten abweichen.

Vielleicht interessiert es Sie, wie einer Ihrer Gegner Ihre Überlegungen beurteilt. Da Sie mich nicht kennen, stelle ich mich kurz vor. Ich bin seit 1947 Mitglied der SPS und interessiere mich sehr lebhaft für sozialpolitische, wirtschaftliche und ideologische Fragen. Zwar bilde ich mir nicht ein, mit meinen Betrachtungen die Mehrheit meiner Parteigenossen zu vertreten. Ich rechne mich zum radikalen linken Flügel der SPS. Trotzdem werde ich Ihnen mein Votum ohne jede Gehässigkeit unterbreiten. Sie werden von mir freilich nicht erwarten, dass ich alle Ihre Thesen im einzelnen unter die Lupe nehme. Ich halte mich der Einfachheit halber an einzelne Stichworte.

*Das Inflationsproblem.* Die Ökonomen haben über die Ursachen der Inflation eine ganze Menge Theorien aufgestellt. Die beste Erklärung gab jedoch ein Dichter, Bernard Shaw, der sagte: «Das Geld hat wenig Wert für den, der mehr als genug davon hat.» Was macht es einem Spekulanten schon aus, ob er für einen Quadratmeter Boden 50, 100 oder 150 Franken bezahlt. Für den Mieter jedoch bewirken 100 Franken Bodenpreisunterschied unter Umständen einen Jahresmietezuschlag, der Tausende von Franken betragen kann.

«*Konjunkturpolitik* ist in erster Linie Nachfragebeeinflussung», sagen Sie. Einverstanden. Die Nachfrage wird, wenn wir vom Zwangsbedarf absehen, erzeugt durch die freie Verfügung über Kaufkraft. Konjunkturpolitik ist also letzten Endes *Kaufkraftbewirtschaftung*. Es gibt in der Schweiz – finanziell gesehen – ausgesprochene Trockengebiete. Dazu gehören die Infrastruktur, die kommunalen und kantonalen Haushalte mit ihren Defiziten sowie die 80 Prozent Steuerzahler, die knapp über das Existenzminimum hinauskommen. Es gibt aber auch – immer finanziell gesehen – nicht übersehbare Überschwemmungsgebiete. Dazu gehören die Grossbanken und die grossen Industriegesellschaften mit ihren riesi-

gen Überschüssen. Die Aufgabe des Staates besteht nun nicht darin, ein Trockengebiet mit einem anderen Trockengebiet zu sanieren, wie das immer wieder versucht wird, sondern darin, dass mittels eines rationellen Steuersystems ein Ausgleich zwischen Mangel und Überfluss geschaffen wird. Wir benötigen ein fiskalisches Kanalisationssystem, das die Trockengebiete *bewässert* und die Überschwemmungsgebiete auf ein erträgliches Mass *entwässert*.

Der entschwindenden *Handels- und Gewerbefreiheit* scheinen Sie bittere Tränen nachzuweinen. Warum eigentlich? Es gibt in der Schweiz noch 300 000 sogenannte Freierwerbende und 2,7 Millionen Unselbständigerwerbende. 90 Prozent aller Schweizer haben auf das verzichtet, was Sie das «fundamentale individuelle Freiheitsrecht», nämlich die Handels- und Gewerbefreiheit, nennen. Glauben Sie im Ernst, die Arbeitnehmer fühlen sich, gesamthaft gesehen, weniger frei als die sogenannten Arbeitgeber? Nach meinen Beobachtungen sind es die Freierwerbenden, die am meisten unter ihrer Arbeitslast stöhnen und die sich am raschesten ihrem Herzinfarkt entgegenschuften. Sie wissen so gut wie ich, dass die wohlverstandene Freiheit ihre Grenzen hat. «Der einzelne soll dasjenige Mass der Freiheit besitzen, das vereinbar ist mit der Freiheit der andern.» So können Sie es nachlesen im Parteiprogramm der FDP. Es ist letztlich Aufgabe des Gesetzgebers, die Grenzen der Freiheit des einzelnen zu ziehen. Sie sollen nicht nur moralisch gewünscht, sondern juristisch fixiert werden. Wer die Grenze der Freiheit überschreitet, stösst vor in das Gebiet der Macht. Die Handels- und Gewerbefreiheit gestattet solche Übergriffe, und der liberale Staat hat keine gesetzliche Handhabe, um die privaten Machtballungen zu verhindern. Die reaktionäre Presse versteht es, die Grenzen zwischen Freiheit und Macht geschickt zu verwischen. Wenn gewisse Freierwerbende um ihre «Freiheit» bangen, so befürchten sie ja nur eine Machteinbusse.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich gebe mich nicht der Illusion hin, es könnte eine Gesellschaftsform ohne Machtausübung geben. Aber in einer Demokratie muss jede Macht im Namen des Volkes, zugunsten des Volkes und unter der Kontrolle des Volkes ausgeübt werden.

Der Handels- und Industrieverein findet es ganz in Ordnung, dass 2,7 Millionen Schweizer in einem planmässig geleiteten Betrieb arbeiten und sich deshalb an die Anweisungen und die Instruktionen ihrer Arbeitgeber halten müssen. Es besteht kein Grund, für die sogenannten Arbeitgeber eine Ausnahme zu machen. Auch sie sollen einen Wirtschaftsplan akzeptieren, der im Interesse des Gesamtwohls von kompetenten Sachverständigen aufzustellen wäre. Wir werden wohl kaum um die Einsetzung eines eidgenössischen Wirtschaftsrates herumkommen. Wir brauchen eine Behörde, welche die Übersicht über das ganze Wirtschaftsgeschehen besitzt. Bis heute ist der Informationsgrad in der Gesamtwirtschaft so ungenügend, dass niemand genau sagen kann, was dem Gemein-

wohl dient und was ihm schadet. Hingegen gibt es genügend Wirtschaftsmächtige, die genau wissen, was ihren egoistischen Interessen förderlich ist. Die Informationssperre, welche die Mächtigen in der Wirtschaft über das Wirtschaftsgeschehen verhängt haben, verhindert eine rationelle Wirtschaftsführung und erlaubt gewissenlosen Geschäftemachern, im trüben zu fischen.

Es scheint mir unverständlich, dass Sie auf das *Vernehmlassungsverfahren*, auch bei dringlichen Bundesbeschlüssen, nicht verzichten wollen. Selbst ein beschleunigtes Verfahren brächte Verzögerungen, welche die Wirksamkeit eines Beschlusses kompromittieren könnten. Die Leiter von Managerkursen wiederholen ja bis zum Überdross, dass ein Entscheid, sei er auch noch so gründlich überlegt und durchdacht, wertlos wird, wenn er zu spät kommt.

Ich würde es aber richtig finden, das Vernehmlassungsverfahren nach der Inkraftsetzung des dringlichen Bundesbeschlusses anlaufen zu lassen. Über solche Beschlüsse muss ja nach einer genau festgesetzten Frist abgestimmt werden. Nehmen wir einmal an, ein Preis- und Lohnstopp würde in Aussicht gestellt. Es wäre doch unvermeidlich, dass die Vernehmlassungsfrist noch benützt würde, um hängige Preiserhöhungen und Lohnforderungen noch schnell durchzusetzen. Oder würden Sie etwa, wenn Sie Finanzminister wären, vor einer Frankenauf- oder -abwertung ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren durchführen? Wohl kaum.

Mit Ihrem Eingeständnis, dass *Selbstdisziplinierung* in der Konjunkturpolitik kein adäquates Mittel sein kann, nehmen Sie Abschied vom alten liberalen Aberglauben der wirtschaftlichen Selbstregulierung. Mit bemerkenswertem Realismus finden Sie, «es sei eine Lösung ins Auge zu fassen, die den Homo oeconomicus zwingt, das zu tun, was er eigentlich vernünftigerweise von sich aus hätte tun sollen, aber aus eigenem Willen nicht fertig gebracht hat». Mit dieser Ansicht ernten Sie wahrscheinlich wenig Applaus bei den Ewiggestrigen, aber für Ihre Ehrlichkeit und für Ihren Mut verdienen Sie den Respekt Ihrer Gegner. Dazu beglückwünsche ich Sie und grüsse Sie mit vorzüglicher Hochachtung.